Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim.
Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 315. **Sonntag** den 23. Juni 1901. 95. Jahrgang.

Aus der Woche.

An der Enthüllung des Berliner Bismarck-Denkmals hat ganz Deutschland geistigen Antheil genommen, auch die Presse des Auslandes zeigt Interesse und zwar durchaus nicht ausschließlich aus Schadenfreude an dem künstlerischen Mißlingen, das sich leider für immer an die monumentale nationale Ehrung des größten Deutschen geheftet. Ein Denkmal ist das Standbild, aber nicht ein Denkmal Bismarck's, sondern ein solches der nachbismärckischen Epigonenzeit mit ihrer Unfähigkeit zum Concentriren, ihrer Flachheit und Sucht nach leerem Prunk, und in der Kunst — ihrer Abneigung gegen das Einfach-Schöne. Ueber Wallot's Reichstagsgebäude, vor dem das Begas'sche Werk sich breit macht, sind die Ansichten noch getheilt und die große Mehrheit ist wohl bereit, diesem Bau große künstlerische Vorzüge zuzuerkennen, aber über das Bismarck-Denkmal sind die Unbefangenen einig: es bezeichnet den Tiefpunct des Geschmacks. Obwohl Reinhold Begas der Künstler der gegenwärtigen Aera ist und sogar zu „unserem Michelangelo" gestempelt worden ist, stimmt selbst der „Reichsanzeiger", wenn auch unter einigen schwachen Vorbehalten, in das ästhetische Verdammungsurtheil ein. Die Kunstkritik im Amtsblatt hat aber nicht deshalb Beachtung gefunden, sondern weil sie die „historische" Bemerkung einfließen läßt, Bismarck habe „unter und mit" Wilhelm dem Großen das Reich geschaffen. Darüber haben sich die „Berl. Neuest. Nachr." erregt, ein Blatt, dem, wie unsere Leser wissen, die Vorgänge bei der Denkmalsenthüllung auch sonst viel zu wünschen übrig gelassen haben. Wir machen uns die Bemängelungen nicht zu eigen, weil solche Aeußerlichkeiten doch bald vergessen werden. Und geradezu unsere Verwunderung hat es erwirkt, daß Zeitungen, die Bismarck nahe standen, eine kaiserliche Ansprache bei der Veranstaltung vermißten. Derartige Bedürfnisse sollten monarchische Blätter überhaupt nicht verrathen, und was diese besondere Gelegenheit angeht, so wird mit aller Bestimmtheit versichert, daß in der Widmungsschrift des vom Reichsoberhaupt am Denkmal niedergelegten Kranzes: „Des großen Kaisers großem Diener" das Wort „Diener" durch größere Schriftzeichen hervorgehoben sei. Wäre das, was wir noch bezweifeln, richtig, so würde diese typographische Eigenthümlichkeit das Concept zu der ungehaltenen Kaiserrede enthalten.

Wenige Tage später hat Wilhelm II. in Cuxhaven eine längere Ansprache gehalten, die ungewöhnliches Aufsehen erregt und neben stürmischer Zustimmung leise aber entschiedene Verwahrung hervorgerufen hat. Natürlich nicht die Stelle, an der der Kaiser sagt, er erblicke in den Ereignissen, die sich in China abgespielt, eine Gewähr dafür, daß der europäische Frieden auf lange Jahre gesichert sei. Aber selbst die Bedeutung dieser Worte glaubt neben anderen Preßorganen ein Blatt wie die „Germania", die aus naheliegenden Gründen das persönliche Auftreten des Kaisers nur mit schmeichelhaften Ausdrücken zu begleiten pflegt, abschwächen zu sollen. Und in der That darf man sagen: hat die chinesische Angelegenheit, was sich noch zu zeigen haben wird, das eine oder andere europäisch-politische Räthsel gelöst, so hat sie vielleicht auch manches geknüpft. China an sich ist heute gewiß noch für Europa das Problem, das es vor Jahresfrist gewesen, und ob es nicht den Keim für neue Fragen über das gegenseitige Verhältniß der an der Expedition betheiligten Mächte gelegt, das bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall hat das genannte klerikale Blatt, das schon wegen der Missionen für den Zug nach China begeistert gewesen ist, ein Recht zu dem Urtheile: „Je größer und zahlreicher die Reibungsflächen mit anderen Nationen werden, desto leichter entstehen auch Differenzen, die unter Umständen zu ernsten Verwickelungen führen können."

Diese unbestreitbare Wahrheit darf für ein auf Expansion angewiesenes Volk kein Grund sein, hinter dem Ofen zu hocken. Aber sie muß einer Nation, die in Europa zwischen drei großen Staaten eingekeilt ist, als Mahnung zu großer Vorsicht bei überseeischen Unternehmungen dienen. Das ist die reinpolitische Seite der Fragen, die die Cuxhavener Kaiserrede zwar nicht neu aufgeworfen, aber noch mehr in den Vordergrund gerückt hat. Viel mehr noch bewegt aber die Gemüther das handelspolitische Moment, das in jener Ansprache gefunden wird. Nicht nur die „Agrarier", auch die Landwirthe zeigen sich betroffen. Das rührt in erster Reihe gewiß daher, daß die freihändlerische Presse die kaiserlichen Worte in ungebührlicher Weise für ihre Zwecke ausgebeutet hat. Es wurde thatsächlich so dargestellt, als ob Kaiser Wilhelm II. sich den Herren Barth und Rickert verschrieben gezeigt hätte. Aber auch ohne diese mißbräuchliche Ausnutzung ist eine gewisse Beängstigung bei der Landwirthschaft begreiflich. In der Zeitschrift des königlich preußischen Statistischen Bureaus treibt soeben ein königlich preußischer Beamter den Gegnern jeder Getreidezollerhöhung insofern Wasser auf die Mühlen, als er die Wirkung von Kornzöllen nach freihändlerischem Muster darlegt: die Belastung treffe vornehmlich die ärmeren Classen und den Vortheil habe im Wesentlichen nur der große Grundbesitz. Dazu die kaiserliche Rede, die die Befürchtung erweckte, sie könnte von den Räthen des Monarchen und von den deutschen Unterhändlern bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen im guten Glauben in derselben Weise mißverstanden werden, wie sie die freisinnigen Blätter in weniger gutem Glauben uncommentirt haben.

Wir theilen diese Befürchtung noch nicht. Aber wir glauben, daß mit der Cuxhavener Rede den Herren Dr. Hahn und Dr. Rösicke mehr gedient sei, als denjenigen Handelspolitikern, die das Zustandekommen von Handelsverträgen dringend wünschen, aber nicht vergessen, daß ohne die Mitwirkung von Vertretern der Landwirthschaft — man braucht dabei nicht an die Conservativen zu denken — weder in diesem noch in einem etwa neu zu wählenden Reichstage die Erneuerung von Verträgen möglich ist. Die Berliner Bundespresse giebt vorläufig noch keinen Aufschluß darüber, ob sie neues Agitationsmaterial gefunden zu haben glaubt. Aber die Presse ist nicht das einzige Agitationsmittel, und wie unter den Arbeitern, so kann heutzutage auch unter den Bauern von Mund zu Mund erfolgreich und nachhaltig Stimmung gemacht werden.

Die Rede ist vor Hanseaten und für Hanseaten gehalten worden. Hanseatische Blätter und zwar auch solche, die ihren Senaten nahe stehen, haben aber anläßlich der Berufung der mittelstaatlichen Minister zu einer Zollconferenz eine wilde und beinahe drohende Sprache geführt. Das ist dem Kaiser wahrscheinlich verborgen geblieben, aber die Landwirthe konnten um so weniger annehmen, daß der Monarch keine Kenntniß erlangt hätte, als die freihändlerische Presse geradezu einen Zusammenhang zwischen der Kaiserrede und jenem Verhalten der hanseatischen Presse construirte. Kein Wunder, daß der Irrthum aufgetaucht ist, die Ansprache bedeute ein Entgegenkommen, wie es anders als auf Kosten der Landwirthschaft nicht bezeigt werden könne.

Es kommt hinzu, daß die Cuxhavener Darlegungen unverkennbar dem Außen-Handel eine übermächtige Bedeutung zuweisen. Ein nationalliberaler Landwirth, der überdies auch Fabrikbesitzer ist, sagte uns, er habe sich an das Wort erinnert gefühlt, das Grillparzer im Jahre 1849 dem Feldmarschall Radetzky zugerufen:

In deinem Lager ist Oesterreich —
Wir Andern sind nur Trümmer.

Das ist übertreibend, aber den Eindruck, daß das Land gegenüber dem Wasser zu kurz gekommen sei, haben auch wir. Deutschland ist ein Reich mit 56 Millionen Menschen und sehr geringer Küstenentwickelung. Wie politisch, so liegt auch wirthschaftlich unser Schwerpunct zu Hause; der innere Markt ist und bleibt das Wichtigste für das Vaterland, und wie sehr der innere Markt, aber auch das nationale Gedeihen überhaupt, einer existenzfähigen Landwirthschaft bedarf, lehren die Verhältnisse unseres Landes, des industriellsten deutschen Bundesstaates. Wir in Sachsen wären „aufgeschrieben", wenn der innere Markt und insbesondere die Kauffähigkeit der Landwirthschaft stark zurückginge. Da wird es anderwärts nicht anders sein.

Aber es handelt sich keineswegs ausschließlich um die Landwirthschaft. Man thut zwar jetzt gerne so, als ob nur Ackerbau und Viehzucht schutzbedürftig seien, dem ist aber nicht so und weniger als je in dieser schutzzollstarrenden Welt. Es sei nur an Amerika erinnert, das unsere Industrieerzeugnisse mehr und mehr ausschließt, und an die Ansätze einer Schutzzollpolitik im britischen Riesenreiche. Die Lehre, daß man das schutzzöllnerische Ausland durch freihändlerisches Entgegenkommen entwaffnen könne, wagt doch kaum mehr ein nationalökonomischer Doctrinär vorzutragen. Um aber noch einmal auf die Landwirthschaft zurückzukommen, so ist die Entwickelung unserer nordöstlichen Provinzen ein Menetekel, wie die Zustände in Irland, das, zu dem reichsten Staate der Welt gehörig, ein armseliges und auch nach dem Aufhören der politischen Bedeutung mehr und mehr an Einwohnerzahl verlierendes Gebiet ist.

Ob wirklich, wie man gesagt hat, nur eine „agrarpolitische Intrigue", oder begründet: die Ankündigung einer Militärvorlage erheischt Beachtung. Denn lange kann eine Heeresverstärkung nicht auf sich warten lassen. Wir haben schon daran erinnert, daß der Reichstag noch 7000 Rekruten „schuldet". In dem geltenden Quinquennatsgesetz ist eine allmälige Vermehrung der Präsenzstärke vorgesehen. Das Gesetz ist fast erfüllt, nur eine geringe Mehreinstellung steht aus, und dann werden wenigstens die gestrichenen 7000 Mann herangezogen werden müssen.

Aus Frankreich kommen wieder einmal Klagen über einen nahezu vollständigen Stillstand der Bevölkerungsvermehrung. Dieser nationale Uebelstand ist den Franzosen hauptsächlich und vielleicht ausschließlich deshalb schmerzlich, weil er eine militärisch-numerische Concurrenzunfähigkeit gegenüber Deutschland aufdeckt. Diese Erkenntniß bildet die höchste Schranke gegen das Aufflammen der Revanchegelüste. Um diese unsere Ueberlegenheit aber wirksam zu erhalten, müssen wir sie auch in die Erscheinung treten lassen. Es darf jenseits der Vogesen nicht heißen: „Deutschland hat zwar mehr Waffenfähige als wir, aber es hat kein Geld, sie einzureihen." Wir wären Thoren, würden wir aus Sparsamkeit den ungeheuren moralischen Vortheil, den die Steigerung der Volkszahl bietet, nicht völlig ausnützen. Um so größere Thoren, als der Stillstand in Frankreich auch bei unserem östlichen Nachbar seinen Eindruck nicht verfehlen kann.

Der Krieg in Südafrika.

Vom Kriegsschauplatze.

F. **Pretoria**, 21. Juni. (Privattelegramm.) Eine große combinirte Boerenaction wird erwartet. Botha beabsichtigt die Vereinigung mit Delarey östlich von Standerton. Dewet marschirt nördlich von Kronstad nach dem Vaalfluß vor. — Der Gesundheitszustand der englischen Truppen hat sich unter dem Einfluß des Winters rapide in bedrohlicher Weise verschlimmert.

Aus den Lagern der gefangenen Boerenfrauen.

(Schluß.)

Von mehreren Berichten über die persönlichen Schicksale und Erlebnisse von „Reconcentrados", die Fräulein Hobhouse aufgezeichnet hat, geben wir nur das folgende sehr typische Beispiel wieder:

„Gatte beim Commando. Feldcornet, Engländer von Geblüt, Sohn englischer Eltern. Ein englischer Officier, Major E., der bei Magersfontein gegen ihn kämpfte, war sein Vetter. Nach dem Kampf, am 25. October, verbrannten die Engländer unter Oberst J. ihr Haus. Sie wollten ihr nicht glauben, daß keine Boeren im Hause seien, darum verbrannten sie es und fanden dann keine. Sie vertrieben sie aus ihrem Hause und wollten ihren Vorstellungen kein Gehör schenken. Am 29. kamen die Boeren zurück. Sie sah ihren Gatten und er sah sein geschwärztes Heim. Erst schwieg er, dann aber erhob er seine Hand und sagte: „Der Herr wird beschließen, aber ich werde nie, nie, niemals nachgeben." Sie hat ihn seitdem nicht mehr gesehen. Am 7. November kamen die Engländer zurück. Sie wurde mehrere Tage in das Schulgebäude eingesperrt, erhielt keine Nahrung und nichts zu trinken. Anfang Februar fragte man Frau E., ob sie Kitchener's Proclamation zu ihrem Gatten tragen wolle. Sie antwortete: „Und wenn Sie mir 2000 Mann Truppen und 100 Pfund Sterling geben würden — und ich habe nichts — so würde ich es doch nicht thun." Sie wurde noch ein zweites Mal ersucht, und es wurde ihr gesagt, wenn sie es nicht thue, werde sie in das Lager von Kimberley geschickt werden. „Nun gut", sagte sie, „ich muß in das Lager." Vier andere namhafte Frauen wurden darum angegangen, daß sie ihre Gatten um Uebergabe ersuchten, aber vergebens".

Sehr lehrreich sind die folgenden beiden Gesuche um Freilassung aus dem Lager, welche am 25. und 26. April dieses Jahres von zwei Bewohnerinnen des Lagers bei Bloemfontein an die dortigen Militärbehörden gerichtet sind:

1) „Ich lebe hier seit fünf Monaten. Ich möchte Sie bitten, mir gütigst zu erlauben, daß ich in die Colonie (nach Piquetberg) reise, um dort bei meinem Vater zu wohnen. Mein Gatte, J. M. Brink, ist kein Combattant, sondern war während der letzten 15 Monate bei einer Ambulanz. Ob er am Leben ist oder nicht, kann ich nicht sagen. Ich habe drei Kinder — das vierte habe ich im Lager verloren — und ich habe keine Mittel, um für sie zu sorgen. Könnten Sie mir einen Freipaß gewähren, so würde ich sehr erfreut sein, sollte dies aber den Regeln zuwider sein, so ist mein Vater bereit, die Eisenbahnfahrt zu bezahlen. Sowohl meine Eltern wie ich sind britische Unterthanen und in der Colonie geboren. Das Leben im Lager hat meine Gesundheit in der letzten Zeit sehr angegriffen, und ich würde darum sehr dankbar sein, wenn Sie mein Gesuch gewähren."

2) „Ich hoffe, Sie werden gütigst entschuldigen, wenn ich mir die Freiheit nehme, mich an Sie zu wenden. Ich bitte Sie hiermit demüthig, mir und meinen beiden Mädchen zu gestatten, daß wir nach Worcester in der Capcolonie zu meinem Schwager A. J. van Biljoen reisen, der sich erboten hat, sofort alle meine Unkosten zu bezahlen. Ich beabsichtige für immer abzureisen. Mein Gatte ergab sich im Juli und wurde nach Ceylon geschickt, wo er nun seit September Kriegsgefangener ist. Im November wurde ich in das Lager geschickt zusammen mit meinen vier Kindern, von denen ich zwei verlor, da sie zu zart waren, um die Hitze in diesen Zelten aushalten zu können. Eine dritte Tochter liegt jetzt zum zweiten Male im Hospital am typhösen Fieber darnieder, und ich fürchte, sie auch zu verlieren, da der Winter naht. Ein Ortswechsel würde meinen beiden Kleinen wahrhaft gut thun und ihnen ihre Gesundheit wieder stärken. Obwohl die Behörden hier im Lager sehr freundlich sind und uns gut behandeln, können doch die Kinder hier die Pflege nicht haben, wie bei meinen Verwandten in Worcester. Ich hoffe, bald eine günstige Antwort zu erhalten, durch welche Sie mich verpflichten würden."

Fräulein Hobhouse fügt zum Schluß die folgende von 40 Frauen unterzeichnete Petition an den Commandanten Major Wright bei:

„Wir Unterzeichnete wünschen respectvoll folgendes Gesuch an Sie zu richten:

1) Da wir von unseren Gatten getrennt und somit ohne Hilfe sind, ist es uns unmöglich, unter den Umständen, in die man uns gebracht hat, zu leben.

2) In Folge von Nachlässigkeit, schlechter Leitung und schlechter Behandlung sind wir jetzt zum zweiten Male ganz und gar vom Regen durchnäßt, was zur Folge hat, daß unsere Kinder, welche schon an Masern, Keuchhusten und Fieber erkrankt sind, ernstlich krank werden.

3) Da wir ohne Geld sind, sind wir außer Stande, uns mit Seife, Kerzen oder anderen nothwendigen Dingen zu versehen. Es sind nun beinahe drei Wochen vergangen, seit die meisten von uns nicht in der Lage gewesen sind, irgend welche Wäsche vorzunehmen. Das ist mehr, als wir ertragen können, um unter allen diesen Umständen noch zufrieden zu sein. Dies sind unsere Beschwerden. Unser demüthiges Ersuchen ist dieses, mit aller Billigkeit in unsere Lage Einsicht zu nehmen und damit Mitleid zu haben, uns unsere Freiheit zu geben und uns zu gestatten, in unsere Heimstätten zurückzukehren. Wir hoffen und vertrauen, daß Sie unser demüthiges Ersuchen in günstige Erwägung nehmen und dasselbe so bald als möglich erfüllen werden.

P. S. Herr Major-Commandant und die anderen Behörden: Bei Gott ist Gnade. Haben denn Sie kein Erbarmen mit uns unschuldigen Frauen und Kindern? Unser Gesuch ist, zu erlauben, daß wir am 10. März 1901 das Lager verlassen dürfen."

Ob die Gesuche Gehör finden, wird nicht gesagt.

Deutsches Reich.

÷ **Berlin**, 22. Juni. (Das Centrum, die Socialdemokratie und die conservativen Parteien.) Bei der Vorbesprechung der Vertrauensmänner der badischen Centrumspartei über die Stellung zu den anderen Parteien bei den diesmaligen Landtagswahlen wurde bekanntlich auch das Verhalten gegenüber der Socialdemokratie berührt. Pfarrer Wacker, der Führer des badischen Centrums, erklärte: „Die Socialdemokraten können wir nicht unterstützen; man kann aber auch nicht verlangen, daß wir ein nationalliberales Mandat aus den Händen der Socialdemokraten retten." Mit diesen Worten würde gesagt sein, daß das Centrum bei einem Kampfe zwischen Nationalliberalen und Socialdemokraten sich neutral verhalten würde. Damit könnte man allenfalls einverstanden sein, aber ist es die Frage, ob das Centrum diese Parole thatsächlich befolgen wird. Bei den letzten badischen und bayerischen Landtagswahlen ging das Centrum treulich mit der Socialdemokratie zusammen, ebenso auch bei den letzten Reichstagswahlen im Großherzogthume Baden. Wenn die Socialdemokraten im Wahlkreise Durlach-Pforzheim von 10 380 Stimmen in der Hauptwahl auf 12 972 Stimmen in der Stichwahl steigen konnten, so war dies nur möglich durch die Unterstützung des Centrums, das in der Hauptwahl ungefähr 4000 Stimmen erhalten hatte; ebenso stieg in Mannheim die Stimmenzahl der Socialdemokraten von 15 000 auf 19 000, wobei allerdings neben dem Centrum noch die süddeutsche Volkspartei freundnachbarliche Hilfe leistete. In dem zu 50 Procent katholischen Wahlkreise Karlsruhe trat die Unterstützung des Centrums für die Socialdemokratie nicht so offensichtlich zu Tage, weil das Centrum hier keinen Candidaten aufgestellt und den Socialdemokraten von vornherein unterstützt hatte. Voraussichtlich wird auch bei den diesmaligen Landtagswahlen nach einer ähnlichen Methode verfahren werden. Daß das Centrum gerade gegenwärtig der Socialdemokratie sehr wohlwollend gegenübersteht, ergiebt sich aus dem Eifer, mit dem die Centrumspresse jedes angebliche Anzeichen einer „Mauserung" der Socialdemokratie constatirt. So giebt sich das führende bayerische Centrumsorgan den Anschein, als ob es in der Rückkehr des Herrn Bernstein nach Deutschland einen vollständigen Wandel innerhalb der Socialdemokratie erblicke. Nach dem bayerischen Blatte wird es nicht mehr lange dauern, „bis der Polterer Singer vereinsamt dasteht". Deshalb sei es auch ganz gleichgiltig, wenn Herr Singer, wie er es beispielsweise in Karlsruhe gethan hat, erkläre, es gelte, die revolutionäre Gesinnung zu bethätigen. Die Socialdemokraten seien Republikaner. „Ernsten Leuten", so schreibt das officielle bayerische Centrumsorgan, „sollte man mit dem Bangemachen mit Hilfe derartiger socialistischer Redeblüthen doch endlich vom Leibe bleiben." Es ist nicht ohne Interesse, daß mit dieser Hilfsaction für die Socialdemokratie zugleich ein energischer Angriff gegen die Conservativen bezw. den Bund der Landwirthe verknüpft ist. Davon ausgehend, daß die conservative Presse in erster Reihe sich über die Karlsruher Rede des Herrn Singer aufgehalten hat, richtet die „Neue Bayr. Ztg." folgende höhnische Ausführungen an die Adresse der Conservativen und des Bundes:

„Uns dünkt, es liege für die patentirten Staatserhalter gar kein Grund vor zu dem Versuch, aus solchen Phrasen und Schlagworten, die hauptsächlich auf die Enthusiasmirung der Zuhörer berechnet sind, Capital für die Scharfmacherzwecke zu schlagen; denn einmal sind bekanntlich in Versammlungen des Bundes der Landwirthe schon weit kräftigere Worte gefallen, ohne daß die „Kreuzztg." und gesinnungsverwandte Blätter sich darüber entsetzt hätten. Dort haben „bis auf die Knochen monarchische und königstreue" Bündler sogar dem Kaiser mit Kündigung der Freundschaft gedroht. Aber wir legen auf derartige Schwadronagen keinerlei Werth, weder bei Landbündlern noch bei Socialdemokraten. . . . Die Socialdemokratie hat eben ganz andere Sorgen, als eine Revolution vorzubereiten, an die sie weniger denken dürfte, als gewisse Elemente im Bunde der Landwirthe."

Mit diesen Liebenswürdigkeiten stimmt auch die ablehnende Haltung der oben erwähnten badischen Vertrauensmännerversammlung des Centrums gegenüber den Conservativen überein. Herr Wacker erklärte, als er die Stellung zu den einzelnen Parteien durchging, hinsichtlich der Conservativen kurz, daß dem badischen Centrum die dortigen Conservativen ferner stünden als je. Ebenso wurde auf diesem Parteitage die nach den bekannten Vorgängen in der letzten Reichstagssitzung von conservativer Seite gegebene Anregung, die Geschäftsordnung abzuändern, rundweg abgelehnt. Landgerichtsdirector Zehnter erklärte, daß man sich nicht darauf einlassen könne, durch Abänderung der Geschäftsordnung oder Heruntersetzung der Beschlußfähigkeitsziffer im Reichstage die Obstruction zu bekämpfen; die Abgeordneten müßten einfach gewissenhaft erscheinen, damit man nicht hinsichtlich der Beschlußfähigkeit von der Anwesenheit der Linksliberalen und der Socialdemokraten abhängig sei. Man braucht sich nur zu erinnern, wie wohlwollend die Centrumspresse nach der ersten Lesung des Toleranzantrages sich über die Haltung der Conservativen aussprach, und man wird zugeben müssen, daß ein starker Gegensatz zwischen der damaligen und der heutigen Stellung besteht. Die Versuche des Bundes der Landwirthe, in Bayern und im Rheinlande festen Fuß zu fassen, haben die zarten Blüthen der Freundschaft schnell zum Welken gebracht.

f. **Berlin**, 22. Juni. (Der Kampf zwischen Apothekern und Krankencassen und die Socialdemokratie.) Die Versuche, zwischen den Krankencassen und den Apotheken in Berlin eine Einigung herbeizuführen, sind leider nicht nur gescheitert, sondern, wie dies immer bei mißglückten Friedensversuchen der Fall ist, die Stimmung beider Parteien ist nur noch verbittert worden. Jede Partei hofft, der anderen derartige finanzielle Schwierigkeiten zu bereiten, daß sie zu Kreuze kriechen muß. Die Apotheker entziehen den Krankencassen den Credit und verlangen sofortige Baarzahlung für alle Medicamente in der Hoffnung, daß dadurch die Cassen in Schwierigkeiten gerathen werden; die Krankencassen rechnen damit, daß der Quartalserste vor der Thür steht, an dem die meisten Apothekenbesitzer eine erhebliche Summe für Hypothekenzinsen aufbringen müssen. Thatsächlich ist ja der Ausfall, besonders für die in den Arbeiterbezirken angesessenen Apotheker, ein ganz gewaltiger, und so dürfte es manchem Apothekenbesitzer allerdings nicht ganz leicht sein, am 1. Juli neben all den sonstigen Ausgaben auch noch die Hypothekenzinsen zu zahlen. Die Frage ist nur, ob nicht gerade unter den gegenwärtigen Umständen eine Stundung der Zinsen erfolgen dürfte, denn die bürgerlichen Kreise stehen der Hauptsache nach auf Seiten der Apotheker und in Gegnerschaft zu den Krankencassen. Dafür spricht schon der gewiß nicht häufige Umstand, daß die „Kreuzztg." und die „Freisinnige Ztg." auf einer Seite stehen. Aus dem Eifer, mit dem der „Vorwärts" Tag für Tag die Sache der Krankencassen führt und von der „schnöden Handlungsweise" der Apotheker spricht, geht hervor, daß die „Kreuzztg." wenigstens nicht ganz im Unrechte ist, wenn sie von einem socialdemokratischen Machtkampfe spricht. Den Socialdemokraten ist es ja vielfach gelungen, die Herrschaft in den Krankencassen an sich zu reißen. Davon ausgehend, möchten sie nun auch noch alle diejenigen Kreise unter ihre Botmäßigkeit bringen, die mit den Krankencassen zu thun haben, vor Allem also die Aerzte und die Apotheker. Bei den Aerzten ist ihnen ja dies auch schon vielfach gelungen, denn es giebt heute schon eine ganz hübsche Anzahl von sogenannten „Geschäftssocialisten", d. h. Männern, die sich auf den Socialdemokraten hinausspielen, um Cassenarztstellen zu erhalten. Daß aber auch den Aerzten die Tyrannei der Cassenvorstände schließlich zu viel werden kann, haben zahlreiche Conflicte dargethan, unter denen nicht nur die zunächst betheiligten Kreise, sondern auch die Kranken leiden. Diese Conflicte dürften wohl die Erwägung nahe legen, inwieweit es sich ermöglichen lassen könnte, durch die bürgerliche Gesetzgebung geschaffene Wohlfahrtseinrichtungen davor zu schützen, zum Tummelplatz socialdemokratischer Machtgebiete zu werden.

* **Berlin**, 22. Juni. In einer Besprechung der Enthüllungsfeier des Bismarck-Denkmals hat die „Nationalliberale Correspondenz" u. A. Folgendes berichtet:

„Nachdem die Hülle des Denkmals sich langsam gesenkt hatte, und das eherne Standbild allen Blicken sichtbar geworden, verweilte